

## **Zwischenbilanz zur Arbeit des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg zur Mitte der 22. Wahlperiode**

Hamburg als Zukunftsstadt zu gestalten und mit neuen Impulsen in dieses Jahrzehnt zu führen – dieses Ziel hat sich die Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen Anfang 2020 im Koalitionsvertrag „Zuversichtlich, solidarisch, nachhaltig – Hamburgs Zukunft kraftvoll gestalten“ gesetzt.

Seit der Unterzeichnung im Juni 2020, der Hochphase der Corona-Pandemie, haben sich die globalen Rahmenbedingungen grundlegend verändert. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat massive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Hamburg. Insbesondere die stark gestiegenen Energiepreise bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit vieler energieintensiver Unternehmen in Deutschlands größter Industriestadt. Hinzu kommen zunehmende geopolitische und geoökonomische Spannungen, von denen Hamburg als Außenwirtschaftsstandort und sprichwörtlichem „Tor zur Welt“ zusätzlich besonders betroffen ist. Der Koalitionsvertrag trägt diesen neuen Herausforderungen nicht ausreichend Rechnung.

Die Politik muss kurzfristig und entschlossen reagieren, um einer bereits begonnenen schleichenden Deindustrialisierung am Industriestandort Hamburg entgegenzuwirken.

Gleichzeitig müssen jetzt die Weichen für die angekündigte Zukunftsstadt gestellt werden. Welche Vision verfolgt der Senat für unseren Wirtschaftsstandort? Und vor allem: **Wovon** wollen wir zukünftig leben? Diese Fragen muss der Senat endlich beantworten. Nur mit einer klaren Strategie für die Zukunft werden wir den Wohlstand in unserer Stadt erhalten können. Schon jetzt steht fest, die kommenden Wahlen werden über das Thema Wirtschaft entschieden. Die Hamburger Wirtschaft erwartet einen klaren Plan für die Zukunft, der die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes zur Priorität macht.

Zentrale Handlungsfelder für den Senat sieht die Hamburger Wirtschaft aktuell insbesondere in folgenden Bereichen:

### **Deindustrialisierung abwenden**

Aufgrund der massiv gestiegenen Energiepreise sind Industrieunternehmen in Deutschland aktuell vielfach nicht mehr konkurrenzfähig. Viele energieintensive Unternehmen haben bereits begonnen, Produktionen ins Ausland zu verlagern. Dies führt nicht nur zu dauerhaften Wertschöpfungsverlusten in Hamburg, wo jeder vierte Arbeitsplatz von der Industrie abhängt, sondern vielfach auch zu einem erhöhten CO<sub>2</sub>-Ausstoß, da Produktionen in Länder mit weniger hohen Standard verlagert werden.

Die Industrie braucht Energie zu bezahlbaren Preisen. Es ist die Aufgabe des Staates, dies zu gewährleisten. Hierfür gilt es schnellstmöglich das Energieangebot auszuweiten und die Energiewende weiter zu beschleunigen.

Hamburg muss sich als größte Industriestadt dafür einsetzen, dass die Energiekosten auch kurzfristig insbesondere für die energieintensive Industrie auf ein wettbewerbsfähiges Niveau sinken, etwa durch Neuregelungen bei der EEG-Umlage und anderer staatlich induzierter Stromkostenbestandteile. Erwägenswert ist zudem ein besonders günstiger Industriestrompreis für energieintensive Unternehmen.

### **Energiewende als Chance zu nutzen**

Hamburg hat sich auf den Weg zur Klimaneutralität gemacht. Viele der im Koalitionsvertrag beschlossenen Maßnahmen, wie etwa die Umsetzung des Klimaplanes oder die Einrichtung eines Klimarats befinden sich in der Umsetzung. Hierbei muss immer wieder betont werden, dass Klimaschutz nicht gegen, sondern nur mit der Wirtschaft gelingen kann. Hier muss der Senat das Gesamtinteresse im Blick haben. Klimaneutralität zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit wird nicht zum Erfolg führen.

Vielmehr können Norddeutschland und somit auch Hamburg von der Energiewende profitieren. Wir haben die strukturellen Voraussetzungen, um (Grüne) Industrie im Norden anzusiedeln und das seit Jahren weiterwachsende wirtschaftliche Süd-Nord-Gefälle umzukehren. Damit dies gelingt, braucht es ein gemeinsames Agieren der norddeutschen Bundesländer, etwa wenn um den Ausbau erneuerbarer Energien und schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren geht.

Hier muss der Senat die Initiative ergreifen und sich dafür einsetzen, dass die norddeutschen Länder auf Bundesebene mit einer Stimme sprechen. Gemeinsam muss die Bedeutung für die Energiewende und als Industriestandort der Zukunft deutlich gemacht werden.

### **Den Hafen der Zukunft gestalten**

Die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens nimmt seit Jahren ab. Die Erarbeitung eines neuen Hafentwicklungsplans hat Jahre gedauert und trotzdem werden wesentliche Zukunftsthemen, wie das Flächenmanagement oder die dringend notwendige Kostenreduzierung weitestgehend ausgeklammert. Auch zentrale Infrastrukturprojekte, wie der Ersatz der Köhlbrandquerung oder der Ausbau der A26-Ost, gehen seit Jahren nicht voran und werden auch innerhalb der Regierungskoalition immer wieder neu diskutiert.

Der Hafen kann auch zukünftig eine herausragende Rolle für die Hamburger Wirtschaft spielen. Hierfür müssen aber innovative und nachhaltige Wertschöpfungsketten im Hafengebiet generiert sowie moderne Technologien, wie autonome Gütertransportsysteme gezielt gefördert werden. Mit dem neuen Hafentwicklungsplan gibt der Senat ein klares Bekenntnis zum Hafen ab. Jetzt müssen die dringenden Herausforderungen entschlossen angepackt werden: Es braucht konkrete Flächenkonzepte für den Hafen und starke Initiativen, um die Wettbewerbsfähigkeit beim Containerumschlag zu steigern. Die Köhlbrandquerung muss in einer neuen "Hamburg-Geschwindigkeit" realisiert werden. Gleichzeitig gilt es, die Kooperationen der deutschen Seehäfen voranzutreiben. Nur im nationalen Verbund wird sich der Hamburger Hafen gegen seine größten internationalen Wettbewerber behaupten können.

### **Die Infrastruktur zukunftsfähig weiterentwickeln**

Im Zuge der Mobilitätswende hat die Politik den Ausbau der Ladeinfrastruktur deutlich vorangetrieben. Hier gilt es den wachsenden Bedarf weiter im Blick zu haben. Auch die im Koalitionsvertrag vereinbarte Weiterentwicklung des Anwohnerparkens wurde vorangetrieben. Die aktuellen Regelungen führen allerdings zu einer massiven Benachteiligung lokaler Unternehmen. Hier muss die Politik reagieren, sonst werden Unternehmen zukünftig aus den innenstadtnahen Quartieren vertrieben. Neben einer Änderung der StVO auf Bundesebene muss es für Unternehmen leichter werden Ausnahmegenehmigungen zu erlangen.

Wichtig ist zudem, dass sich der Senat, auch im Schulterschluss mit den anderen norddeutschen Bundesländern für eine schnelle Umsetzung der im Bundesverkehrswegeplan beschlossenen Projekte einsetzt. Es ist nicht akzeptabel, dass Projekte im Westen und Süden priorisiert umgesetzt werden und der Norden das Nachsehen hat.

### **Hamburg als internationalen Innovationsleuchtturm sichtbar machen**

Der Wohlstand eines Wirtschaftsstandorts hängt von seiner Innovationsfähigkeit ab. Die Politik in Hamburg hat bereits viele richtige Maßnahmen umgesetzt, wie etwa die Realisierung der Science City Bahrenfeld, die Weiterentwicklung der Innovationsparks, oder dass im Aufbau befindliche „Sonderinvestitionsprogramm Innovation“. Unsere Analyse zeigt, dass weltweit führende Innovationsstandorte immer einen Fokus auf bestimmte Technologien legen. Auch Hamburg muss sich auf seine Stärken fokussieren und diese gezielt fördern. Zur Erprobung neuer Technologien brauchen Unternehmen Innovationsfreiräume mit besonderen regulatorischen Rahmenbedingungen. Und zu guter Letzt braucht es eine gezieltere und umfangreiche Förderung von Innovationen. Aus Sicht der Hamburger Wirtschaft ist hierfür ein Investitionsbudget von einer Milliarde (Innovationsmilliarde) notwendig. Nur so wird es gelingen, sich als international sichtbaren Innovationsleuchtturm zu etablieren.

### **Fachkräfte gewinnen und die Berufsbildung stärken**

In Hamburg werden bis zum Jahr 2035 rund 133.000 Fachkräfte fehlen, wenn keine geeigneten Gegenmaßnahmen getroffen werden. Ein wichtiges Element dabei ist die gezielte Zuwanderung von Fachkräften. Trotz einiger Kritikpunkte ist das im Gesetzgebungsverfahren befindliche Fachkräfteeinwanderungsgesetz wichtig und richtig. Erste Planungen zur Umsetzung laufen in Hamburg bereits. Aktuell wird zudem die Fachkräftestrategie der Stadt Hamburg überarbeitet. Dies ist ebenfalls ein wichtiger Schritt zur Fachkräftesicherung in unserer Stadt. Hierbei müssen allerdings die Anliegen der Unternehmerinnen und Unternehmer stärker Berücksichtigung finden. Anderenfalls kann die Strategie nicht erfolgreich umgesetzt werden.

Weiter gilt es, vorhandene Potenziale besser zu nutzen. So müssen etwa Langzeitarbeitslose, Jugendliche mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung, aber auch ältere Arbeitslose (50+) verstärkt in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. An dieser Stelle sind insbesondere die Jobcenter gefragt. Besonders wichtig ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wichtig ist es zudem die berufliche Integration bereits in Deutschland lebender Geflüchteter voranzutreiben. Hier steht Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern nicht gut da. Die Schaffung entsprechender Angebote ist daher zu begrüßen.

Mit der Überarbeitung der Bildungspläne in den Schulen und der Einführung eines Schulfachs zur Berufsorientierung hat der Senat zudem bereits wichtige Schritte zur Stärkung der dualen Berufsausbildung unternommen. Auch die Investitionen in den Neubau und die Renovierung von Schulen seitens des Senats sind ausdrücklich zu befürworten. Politik und Wirtschaft müssen hier auch zukünftig eng zusammenarbeiten, um der wachsenden Fachkräftelücke entgegenzuwirken.

### **Die norddeutsche Zusammenarbeit ausbauen**

Die OECD bescheinigt der Metropolregion Wettbewerbsnachteile aufgrund der politischen Fragmentierung. Diese Analyse lässt sich ohne Weiteres auf den gesamten norddeutschen Wirtschaftsraum ausweiten. Viele der vorhandenen Potenziale, etwa im Bereich der Erneuerbaren Energien lassen sich nur gemeinsam heben. Die OECD empfiehlt einen „Urgent Shift“, also ein schnelles Handeln, um die bestehenden Wettbewerbsvorteile zu nutzen. Bedauerlicherweise ist dieser „Urgent Shift“ nicht zu erkennen. Symptomatisch ist hier etwa die sich seit Jahren verzögernde Gründung einer regionalen Innovationsagentur.

Zudem braucht es aus Sicht der Wirtschaft eine klarere Arbeitsteilung zwischen der Metropolregion Hamburg und der norddeutschen Ebene. Es gilt Synergien zu nutzen und Doppelstrukturen zu vermeiden. Besonders in den Themenfeldern Verkehrsinfrastruktur und Unternehmensansiedlungen braucht es eine engere und verstetigte Zusammenarbeit, die in weiten Teilen noch nicht sichtbar ist. Hier muss Hamburg die Initiative ergreifen und auf eine Koordinierungsstelle Norddeutsche Zusammenarbeit der Länder hinwirken.

### **Hamburg als Außenwirtschaftsstandort stärken**

Die immer stärkere Überlagerung von Handels- und Sicherheitspolitik und die Nutzung von Interdependenzen als politische Waffe, aber auch die notwendige Gestaltung der Transformation zu mehr Nachhaltigkeit lassen den Rahmen für unternehmerisches Handeln enger werden. Der neue Dreiklang der deutschen Wirtschaftspolitik – Diversifizierung, Dekarbonisierung, Resilienz – birgt aufgrund der bereits jetzt zu verzeichnenden Verlagerungen von Produktion und Warenströmen neue Dynamiken und viele Chancen, aber auch Zielkonflikte hinsichtlich steigender Regulierungsanforderungen und Effizienzverluste durch neue Ansätze zum Risikomanagement.

Das vom Senat verabschiedete Außenwirtschaftskonzept ist in seiner Analyse zutreffend und beinhaltet viele sinnvolle Ansätze, die jedoch einer Konkretisierung und vor allem einer Hinterlegung mit Ressourcen bedarf.

Hamburg, den 13. Juli 2023

## Anlage

### Zwischenbilanz zur Arbeit des Senats auf Grundlage der Umsetzung zentraler Vorhaben aus dem Hamburger Koalitionsvertrag:

*„Zuversichtlich, solidarisch, nachhaltig – Hamburgs Zukunft kraftvoll gestalten  
Koalitionsvertrag über die Zusammenarbeit in der 22. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der SPD, Landesorganisation Hamburg, und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg“*

Themenfelder: Klima und Energiewende, Industrie, Hafen, Infrastruktur (insb. Verkehr), Innovationen und Forschung, Fachkräfte und Berufsbildung, Norddeutsche Zusammenarbeit

Stand der Umsetzung:



Vorhaben wurde umgesetzt / die Umsetzung ist aus Sicht der Wirtschaft zielführend









Vorhaben wurde teilweise umgesetzt bzw. befindet sich in der Umsetzung / die Umsetzung kann aus Sicht der Wirtschaft noch nicht abschließend bewertet werden





Vorhaben wurde bis dato nicht umgesetzt / die Umsetzung widerspricht den Positionen der Wirtschaft



## Klima und Energiewende









Vorhaben des Senats laut Koalitionsvertrag	Stand der Umsetzung (Ampel-System)	Bewertung der Umsetzung aus Sicht der Wirtschaft	Hinweise der Hamburger Wirtschaft
Im Verbund mit den Norddeutschen Ländern soll sich für den <b>Abbau bestehender Hindernisse für die Umsetzung der regenerativen Energiewende</b> eingesetzt werden. (S.50)			Hamburg hat wenige Möglichkeiten, bestehende Hindernisse für die Umsetzung der regenerativen Energiewende abzubauen. Die Abstimmung der norddeutschen Länder muss koordinierter und effizienter werden. Ein gemeinsames Agieren der norddeutschen Länder ist bis dato vielfach nicht zu erkennen.

			Die norddeutschen Bundesländer müssen in Berlin mit einer Stimme sprechen und die Bedeutung und Chancen Norddeutschlands für die Energiewende gemeinsam in den Fokus rücken.
<b>Einsetzen einer behördenübergreifenden Lenkungsgruppe</b> zur Umsetzung und Steuerung der Norddeutschen Wasserstoffstrategie sowie zur Hamburger Energiewende. (S.50)			Eine Lenkungsgruppe zur Klima- und Mobilitätswende wurde eingesetzt und bedeutet einen wichtigen Schritt zur Umsetzung und Steuerung der Hamburger Energiewende.
<b>Umsetzung des vom Senat beschlossenen Klimaplanes.</b> (S.61)			<p>Der vom Senat beschlossene Klimaplan wird weiterhin verfolgt. Eine zweite Fortschreibung des Klimaplanes wird für Q4 2023 vorbereitet. Viele der geplanten Maßnahmen sind allerdings auch weiterhin von der Bundesgesetzgebung abhängig. Hierdurch sind die Einflussmöglichkeiten des Senats zum Teil begrenzt.</p> <p>Wichtig ist, dass die Umsetzung des Klimaplanes nicht gegen, sondern mit der Wirtschaft erfolgen muss. Hierbei gilt es nicht auf Verbote zu setzen, sondern auf Technologieoffenheit und Innovationen.</p> <p>Eine Konkretisierung der Maßnahmen wird in der Novellierung des Hamburgischen Klimaschutzgesetzes vorgenommen. Die hier angestrebten Regulierungen müssen mit der Bundesgesetzgebung synchronisiert werden. Grundsätzlich sind die Zielsetzungen zum Erreichen der Klimaziele zu begrüßen.</p>



<p><b>Einrichten eines Klimabeirats</b> für die fachliche Begleitung des Klimaplanes. (S.62)</p>			<p>Ein Klimabeirat wurde eingerichtet. Allerdings ist in ihm aus Sicht der Hamburger Wirtschaft nicht hinreichend wirtschaftliche Expertise vertreten und die Gewichtungen der Stellungnahmen laufen den Interessen der Hamburger Wirtschaft teilweise zuwider (z.B. Aufgabe des Wohnungsneubau-Ziels von 10.000 p.a.).</p> <p>Die fachliche Begleitung des Klimaplanes durch einen Klimabeirat ist zu begrüßen. Allerdings wird die Umsetzung nur im Schulterschluss von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gelingen. Aktuell scheinen hier Partikularinteressen zu viel Einfluss zu haben.</p>
--	---	---	--

## Industrie





Vorhaben des Senats laut Koalitionsvertrag	Stand der Umsetzung (Ampel-System)	Bewertung der Umsetzung aus Sicht der Wirtschaft	Hinweise der Hamburger Wirtschaft
<p><b>Unterstützung der Industrie im Sinne des Klima- und Ressourcenschutzes.</b> (S. 41)</p>			<p>Im Masterplan Industrie sind wichtige Maßnahmen zur Unterstützung der Hamburger Industrie festgeschrieben. Allerdings sind nicht in allen Behörden die Umsetzungs-herausforderungen der Industriebetriebe und deren Anliegen akzeptiert. Zum Teil scheint Unkenntnis über die bedrohte Wettbewerbssituation und die Bedeutung der Industrie für den Wirtschaftsstandort Hamburg zu bestehen. Wir erleben bereits eine schleichende Deindustrialisierung. Der Senat muss sich</p>





			kurzfristig für konkurrenzfähige Energiepreise einsetzen. Ansonsten werden weitere Industriebetriebe ihre Produktion verlagern.
<b>Neubelebung des „Masterplans Industrie“ und konsequente Umsetzung der darin beschlossenen Handlungsfelder.</b>			Der Masterplan Industrie wurde am 9. Mai 2023 unterzeichnet.  Im Text heißt es „Masterplan Industrie – ein Bündnis für die Industrie der Zukunft“.
<b>Zusammenführung mit dem „Bündnis für die Industrie der Zukunft“.</b> (S. 41)			Die im Masterplan beschlossenen Handlungsfelder gilt es jetzt konsequent umzusetzen.
<b>Fortführung des „Bündnisses für Industrie“</b> , um gemeinsam den Transfer in das postfossile Zeitalter zu gestalten (S. 41)	-		<i>Über diesbezügliche Pläne und Aktivitäten ist uns nichts bekannt. Das Ziel des Bündnisses soll und kann im Masterplan Industrie aufgehen (und ist dort auch mit Maßnahmen unterlegt). Wichtig ist eine Bündelung von Ressourcen.</i>
<b>Vorhalten von 100 Hektar Gewerbe- und Industriefläche.</b> Für die Weiterentwicklung der Industrie müssen ausreichend Flächen zur Verfügung stehen. (S. 41)			Das Vorhalten von 100 Hektar für Gewerbe- und Industrieflächen wird ausdrücklich begrüßt und wurde so auch im Masterplan Industrie festgeschrieben.
<b>Aufbau eines digitalen Track &amp; Trace-Verfahrens</b> zum Stand von Genehmigungsverfahren. (S.42)			Der Aufbau eines Track & Trace-Verfahrens wurde ebenfalls im Masterplan Industrie als Maßnahme festgeschrieben. Schnellere Genehmigungsverfahren sind für die Industrie im Zuge der Energiewende von herausragender Bedeutung. Hier muss Hamburg noch schneller werden.












<p>Auf Bundesebene setzt sich Hamburg dafür ein, dass bisherige <b>Hemmnisse für die Sektorenkopplung</b> durch eine Neuregelung der EEG-Umlage und der anderen staatlich induzierten Strombestandteile (SIP) <b>abgebaut werden.</b> (S.69)</p>			<p>Hamburg setzt sich auf Bundesebene für den Abbau bisheriger Hemmnisse für die Sektorenkopplung ein. Dies ist zu begrüßen. Allerdings stellen die hohen Energiekosten in Deutschland weiterhin einen massiven Wettbewerbsnachteil dar. Hamburg ist als Industriestandort besonders betroffen. Produktionen werden bereits in andere Länder verlagert. Dies führt nicht nur zu Wertschöpfungsverlusten in Hamburg, sondern ist vielfach auch klimaschädlich, da viele Produktionsstätten im Ausland nicht die gleichen hohen Umweltstandards haben wie wir.</p>
--	---	---	--

## Hafen



Vorhaben des Senats laut Koalitionsvertrag	Stand der Umsetzung (Ampel-System)	Bewertung der Umsetzung aus Sicht der Wirtschaft	Hinweise der Hamburger Wirtschaft
<p><b>Fortsetzung des Hafendialogs</b> zur strategischen Weiterentwicklung des Hafens. (S.43)</p>			<p>Der Hafendialog wurde fortgesetzt, insbesondere im Zuge der Erstellung eines neuen Hafenentwicklungsplans. Aus Sicht der Hamburger Wirtschaft fehlt es allerdings weiterhin an einem institutionalisierten Dialog der zentralen Akteure.</p>
<p><b>Erarbeitung eines neuen Hafenentwicklungsplans</b> für einen „Innovationshafen Hamburg 2040“. (S.43)</p>			<p>Der neue Hafenentwicklungsplan wurde in den vergangenen zwei Jahren entwickelt und im Juni 2023 veröffentlicht. Der Hafenentwicklungsplan ist ein wichtiges, aber auch dringend notwendiges Bekenntnis des gesamten Senats zum Hamburger Hafen und seiner Bedeutung für die Zukunft</p>









			unseres Standortes. Jetzt müssen die dringenden Herausforderungen entschlossen angepackt werden: Wir brauchen konkrete Flächenkonzepte für den Hafen und starke Initiativen, um unsere Wettbewerbsfähigkeit beim Containerumschlag zu steigern.
<b>Entwicklung einer Ansiedlungsstrategie</b> , die Beschäftigung und Wertschöpfung nach Hamburg holt und gleichzeitig einen Beitrag für die Stärkung Hamburgs als Innovationsmetropole leistet. (S.45)			<i>Keine Kenntnisse.</i>
<b>Fahrrinnenanpassung und die Ausgleichsmaßnahmen werden umgesetzt.</b> (S. 44)			Auf Hamburger Gebiet ist die dringend erforderliche Fahrrinnenanpassung vollständig umgesetzt. Auf der Bundesstrecke zwischen Hamburg und Cuxhaven kam es immer wieder zu Mindertiefen auf der bereits hergestellten Strecke. Hier hat der Bund Abhilfe zugesagt, aber noch immer nicht überall die vollständigen Tiefen freigegeben. Die umfängliche Erreichbarkeit des Hafens muss gewährleistet sein, sonst werden wir weiter an Boden gegenüber unseren zentralen Wettbewerbern verlieren. Hier muss der Senat in Berlin stärker die Interessen des Hafens vertreten und die Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland betonen.
<b>Entwicklung und Umsetzung eines verbesserten Sedimentmanagements</b> gemeinsam mit dem Bund und unter Beteiligung von Schleswig-Holstein und Niedersachsen. (S.44)			Im Frühjahr 2023 hat es einen länderübergreifenden Konsens mit den anliegenden Bundesländern zur zukünftigen Verbringung von Sedimenten zur Tonne E3 gegeben. Alternative Verbringoptionen wie vor Scharhörn in der Hamburger Außenelbe oder in

			der ausschließlichen Wirtschaftszone sind noch immer in Klärung. Eine dauerhafte Lösung ist weiterhin ungewiss, muss aber dringend erarbeitet werden.
<b>Ersatz der Köhlbrandquerung</b> sicherstellen. (S.46)			<p>Weiterhin liegen keine Ergebnisse der Vorplanung für den Bau des Tunnels vor. Zudem gibt es immer wieder Diskussionen, ob nicht doch alternativ der Bau einer neuen Brücke erfolgen sollte. Ein belastbares Votum des Senats steht weiter aus.</p> <p>Ein Ersatz der Köhlbrandquerung ist für den Hafen von herausragender Bedeutung. Es braucht endlich eine Umsetzung, keine weiteren Diskussionen.</p>
<b>Unterstützung des Bundes beim Bau der A26</b> (Hafenpassage) zur Entlastung des Stadtgebiets. (S.50)			Das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt 6a läuft seit 2017. Die Fertigstellung des letzten Abschnitts ist für 2031 geplant. Immer wieder werden innerhalb des Senats wichtige Infrastrukturvorhaben in Frage gestellt. Dabei ist eine schnelle Umsetzung für den Wirtschaftsstandort Hamburg von herausragender Bedeutung.
<b>Hafenumschlag und landseitiger Transport im Hafen bis zum Jahr 2040 bilanziell CO2-neutral gestalten.</b> (S.47)			Um den Hafenumschlag und landseitigen Transport CO2-neutral zu gestalten, laufen zahlreiche Projekte, wie etwa der Ausbau der Landstromkapazitäten, die Suche nach Windkraftstandorten im Hafen oder die Schaffung einer Wasserstoff-Import-Infrastruktur. Die Umsetzung befindet sich daher auf einem guten Weg.

<b>Gestaltungsspielräume bezüglich des Landstrompreises sollen ausgeschöpft und verbessert werden.</b> (S.47)			Hier besteht weiterhin – insbesondere vor dem Hintergrund der Inbetriebnahme neuer Landstromanlagen – Bedarf an Preismodellen bzw. Rabatten, die die Nutzung von Landstrom fördern.
<b>Bau einer der größten Anlagen für Wasserstoffelektrolyse</b> auf dem Gelände des bisherigen Kraftwerks Moorburg. Im Verbund soll dort ein Innovationshub entstehen, in dem Wissenschaft, Industrie und Start-ups gemeinsam neue Anwendungen entwickeln. (S.49)			Die Idee, auf dem Gelände des ehemaligen Kraftwerks Moorburgs eine Anlage für Wasserstoffelektrolyse zu errichten, wird weiterverfolgt. Allerdings wird die Realisierung voraussichtlich noch sehr lange dauern. Dabei ist die Wasserstofftechnologie für die Industrie und den Hafen von herausragender Bedeutung und kann zu einem nachhaltigen Standortvorteil werden.







## Infrastruktur




Vorhaben des Senats laut Koalitionsvertrag	Stand der Umsetzung (Ampel-System)	Bewertung der Umsetzung aus Sicht der Wirtschaft	Hinweise der Hamburger Wirtschaft
<b>Konsequente Weiterentwicklung der Parkraumbewirtschaftung und des Bewohnerparkens.</b> (S.110)			Um den Parkdruck in besonders betroffenen Quartieren zu reduzieren, werden in Hamburg seit 2015 zunehmend Bewohnerparkzonen ausgewiesen (bspw. St. Pauli, Flughafenumfeld, Rotherbaum/ Grindel). Eine Parkraumbewirtschaftung ist grundsätzlich erforderlich. Es darf jedoch nicht zu einer Benachteiligung der lokalen Unternehmen kommen. Daher ist eine Änderung des bisherigen Status erforderlich. Neben einer notwendigen Änderung der Straßenverkehrs-

			<p>ordnung muss es für Unternehmen leichter werden Ausnahmegenehmigungen zu erlangen. Hier muss die Verkehrsbehörde endlich reagieren.</p>
<p><b>Umsetzung der im Bundesverkehrswegeplan enthaltenen Projekte.</b> (S.112)</p>			<p>Die Umsetzung zentraler Vorhaben aus dem Bundesverkehrswegeplan läuft. So etwa die Umsetzung des A7-Ausbaus, die Vorplanungen für den A1-Ausbau (inkl. Ersatz der Elbbrücken) und die Planungen für die A26 Ost.</p> <p>Wichtig ist, dass die Umsetzung schnellstmöglich vorangetrieben wird und sich Hamburg bundespolitisch weiter für eine schnelle Realisierung einsetzt. So ist es nicht akzeptabel, dass wichtige Verkehrsinfrastrukturprojekte zum großen Teil im Süden und Westen Deutschlands priorisiert umgesetzt werden. Auch hier ist eine starke Stimme in Berlin erforderlich.</p>
<p><b>Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur:</b> Ziel ist es, bis 2025 mit 1000 Ladepunkten, also 500 Säulen die Anzahl der öffentlich zugänglichen Ladepunkte zu verdoppeln. (S.110)</p>			<p>Es sind aktuell rund 1500 Ladestationen in Hamburg verfügbar. Im Hinblick auf die Klimaneutralität ist ein weiterer Ausbau dringend erforderlich.</p>
<p><b>Weiterentwicklung Hamburgs zur Modellstadt für intelligente Verkehrs- und Transportsysteme (ITSST).</b> (S. 111)</p>			<p>Der ITS-Kongress hat 2021 stattgefunden. Die Umsetzung konkreter Projekte erfolgt jedoch zu langsam.</p>
<p><b>Weitergehende Professionalisierung des Baustellenmanagements.</b> (S.113)</p>			<p>Auf Initiative der Metropolregion Hamburg wurde Ende 2021 eine Vereinbarung zwischen Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und der Autobahn GmbH des Bundes zur Vernetzung der</p>









			digitalen Baustellenkoordinationssysteme geschlossen. Das Projekt soll bis spätestens 2025 abgeschlossen sein.
--	--	--	--

## Innovation und Forschung









Vorhaben des Senats laut Koalitionsvertrag	Stand der Umsetzung (Ampel-System)	Bewertung der Umsetzung aus Sicht der Wirtschaft	Hinweise der Hamburger Wirtschaft
<b>Realisierung der Science City Hamburg Bahrenfeld</b> als Quartier, in dem Wissenschaft, Wirtschaft und Wohnen als Ganzes gedacht werden. (S. 36)			Die Science City befindet sich in der Umsetzung und stellt eine sinnvolle Erweiterung unseres Innovationsleuchtturms DESY dar. Hier bestehen Potenziale für eine noch stärkere Innovationsförderung (SIZ), die es zu eruieren gilt.
<b>Etablierung eines neuen Wasserstoff-Clusters</b> , um funktionsübergreifend über alle industriellen Bereiche eine Wasserstoffwirtschaft aufzubauen, die einen wirksamen Beitrag zur nachhaltigen Energiewende und zum Klimaschutz leistet. (S.40)			Es wurde kein eigenständiges Wasserstoff-Cluster gegründet, sondern das Cluster wurde in das EEHH-Cluster integriert. Angesichts der vielen Schnittmengen scheint dies sinnvoll, um einen Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz zu leisten.
<b>Auflegen eines „Sonderinvestitionsprogramms Innovation“</b> . Mit einem neuen Instrument „ProFi Kristall“ bei der IFB soll ein geeignetes Anreizsystem geschaffen werden. (S. 54)			Das Instrument „ProFi Kristall“ ist in Planung und wird kommen. Die genauen Förderparameter sind aktuell noch nicht bekannt. Nach jetzigem Wissensstand sollen durch das Programm insbesondere Vorhaben insbesondere gefördert werden, die im besonderen Maße dazu beitragen, gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Die Entscheidung, welche Vorhaben darunterfallen, sollte aus Sicht der Hamburger Wirtschaft allerdings nicht durch die Stadt allein getroffen werden.

<b>Ausbau des Hamburg Innovation Summit</b> zur Dialogplattform. (S.52)			<p>Zur konkreten Umsetzung ist nichts bekannt. Der Innovation Summit, der mit erheblichen Mitteln aus Steuergeldern subventioniert wird, bringt nicht den Output, der bei einer entsprechenden (sechsstelligen) Investitionssumme nötig wäre. Daher ist ein Ausbau aus Sicht der Wirtschaft wenig sinnvoll. Vielmehr ist ein Rückbau oder eine Einstellung zu prüfen. Die freiwerdenden Mittel könnten an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden, um Strukturen zu schaffen.</p>
<b>Entwicklung eines neuen Förderprogramms „Innovation im Digitalen“</b> , mit dem Ziel, Hamburg als Innovationsmetropole des europäischen Nordens nachhaltig zu verankern. (S.54)			<p><i>Hierzu ist uns nichts bekannt.</i></p>
<b>Weiterentwicklung der Innovationsparks.</b> An vier Standorten werden Ökosysteme für Innovationen, Forschung und Entwicklung geschaffen. In diesem Rahmen wird Hamburgs Position als Standort für Green Technology, Life Sciences, Luftfahrt und maritime Technologie ausgebaut. (S.54 u. 69)			<p>Die Weiterentwicklung der Innovationsparks bietet gute Ansätze angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen. Die Innovationsparks müssen allerdings finanziell deutlich besser ausgestattet und mit weiteren innovationspolitischen Maßnahmen kombiniert werden.</p> <p>Insbesondere sollten regulatorische Hemmnisse beseitigt und das Testen innovativer Produkte und Services unter realen Bedingungen ermöglicht werden. Internationale Beispiele zeigen, dass solche Freiräume für Innovation oder auch Sonderinnovationszonen sehr erfolgreich sind.</p>









## Fachkräfte und Berufsbildung

Vorhaben des Senats laut Koalitionsvertrag	Stand der Umsetzung (Ampel-System)	Bewertung der Umsetzung aus Sicht der Wirtschaft	Hinweise der Hamburger Wirtschaft
<p>Zur <b>Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes</b> wird eine gemeinsame Servicestelle von Innenbehörde, Sozialbehörde und Arbeitsagentur, das Hamburg Welcome Center for Professionals (HWCP) geschaffen. (S. 118)</p>			<p>Die Schaffung einer gemeinsamen Servicestelle (Welcome Center for Professionals) ist zu begrüßen. Bedauerlicherweise ist die Novellierung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes noch nicht abgeschlossen und die künftigen Anforderungen an die Verwaltung stehen dementsprechend noch nicht fest. Erste Planungen laufen aber bereits. Um die Fachkräftelücke zu schließen, braucht es gezielte Zuwanderung. Politik und Wirtschaft müssen hier weiterhin in einem engen Austausch stehen, um Fachkräfte für Hamburg zu gewinnen.</p>
<p><b>Schaffung eines Angebots für bereits in Hamburg lebende Geflüchtete ohne bzw. mit geringer Erwerbserfahrung</b>, welches sie unterstützt in Ausbildung oder Arbeit zu kommen (analog der Erfahrungen im Vorhaben W.I.R.). (S. 119)</p>			<p>Der Bedarf an Arbeitskräften ist enorm. Bedauerlicherweise verläuft die Integration geflüchteter Menschen in Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Staaten eher schleppend. Die Schaffung eines entsprechenden Angebots ist daher zu begrüßen.</p> <p>HINWEIS: Aktuelle Aktivitäten zur Schaffung eines Angebots sind uns nicht bekannt.</p>
<p><b>Der Unterricht mit digitalen Medien wird bereits in der Ausbildung von Lehrkräften verpflichtend verankert</b> und als Service für die Lehrkräfte wird eine digitale Lernplattform zum Austausch von digitalen Unterrichtsbeispielen entwickelt. (S.135)</p>			<p>Die digitale Lernplattform ist gestartet und die Zahl der Unterrichtsinhalte wächst. Es handelt sich hierbei um einen laufenden Prozess, der zu begrüßen ist.</p>
<p><b>Überarbeitung der Bildungspläne für die Schulen, um systematisch digitale Kompetenzen inklusive</b></p>			<p>Die notwendige Überarbeitung der Bildungspläne ist erfolgt und wird von der Wirtschaft begrüßt.</p>



<b>des Programmierens zu berücksichtigen.</b> (S. 134f.)			
<b>Einführung eines neuen Schulfachs zur Berufs- und Studienorientierung</b> in der Mittelstufe und in der Oberstufe. (S.143)			Die Berufsorientierung ist mit festen Stundenkontingenten in Stadtteilschulen und Gymnasien verankert und liefert einen wichtigen Beitrag zur Berufs- und Studienorientierung.
<b>Mit zusätzlichen Fachkräften und Bildungsangeboten sollen die Angebote der Praxisklassen für die Schüler*innen im letzten Schuljahr ausgebaut werden. Ziel ist es, die Übergangsquote in eine Berufsausbildung zu verdoppeln.</b> (S.143)			Die Zahl der direkten Übergänge in Ausbildung steigt. Von einer Verdoppelung sind wir aber noch deutlich entfernt, da zu viele Schulabgänger zunächst noch in die Ausbildungsvorbereitung (AV dual) gehen.
<b>Umbau der Berufsschulen zu den modernsten Deutschlands.</b> Dazu werden rund 700 Millionen Euro in die Sanierung, den Umbau und den Neubau der staatlichen Berufsschulen investiert. Rund 15 Millionen Euro werden in den nächsten Jahren für modernes, sicheres WLAN und digitale Tafeln und Fernseher in allen Unterrichtsräumen sowie Laptops und Tablets für den Unterricht investiert. (S.143)			Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass der Senat bereits viele Mittel in den Neubau und die Renovierung von Berufsschulen investiert und Hamburger Berufsschulen im Bundesvergleich im Spitzenfeld liegen.
Entwicklung einer <b>Hamburger Weiterbildungsstrategie.</b> (S.144)			Die Hamburger Weiterbildungsstrategie befindet sich derzeit noch in Erarbeitung. Gerade in Anbetracht des technologischen Fortschritts und der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung ist eine umfängliche Weiterbildungsstrategie notwendig.

## Norddeutsche Zusammenarbeit

Vorhaben des Senats laut Koalitionsvertrag	Stand der Umsetzung (Ampel-System)	Bewertung der Umsetzung aus Sicht der Wirtschaft	Hinweise der Hamburger Wirtschaft
<p><b>Gründung einer regionalen Innovationsagentur</b> im Sinne der OECD-Gutachten (S. 54)</p>			<p>Die Planungen laufen, die Umsetzung verzögert sich allerdings weiter. Die Bereitschaft der Bundesländer, diese wichtige Infrastruktureinrichtung zu finanzieren, ist noch nicht ausreichend. Hier muss sich die Landesregierung stärker einsetzen.</p>
<p><b>Gemeinsam mit den Partnern in Norddeutschland</b> und im Rahmen der Konferenz Norddeutschland (KND) wird sich die Koalition insbesondere weiter <b>für die Energiewende, vor allem einen dynamischen Ausbau der Erneuerbaren Energien, einen beschleunigten Leitungsausbau und einen optimierten Rechtsrahmen zur Unterstützung der Sektorenkopplung einsetzen.</b> (S.200)</p>			<p>Im Rahmen der KND werden regelmäßig die Chancen der Energiewende und die Potenziale für die Norddeutsche Wirtschaft betont. Bedauerlicherweise fehlt es weiterhin an konkreten Maßnahmen und Projekten, um die vorhandenen Potenziale zu heben.</p>
<p><b>Gemeinsamer Einsatz für Norddeutsche Infrastrukturprojekte.</b> (S.200)</p>			<p>Der gemeinsame Einsatz für Norddeutsche Infrastrukturprojekte findet nur vereinzelt statt, etwa beim Bau der A20. Gemeinsame Aktivitäten, etwa beim für alle norddeutschen Länder wichtigen Ausbau der Hafenhinterlandanbindung, gibt es nicht.</p>
<p><b>Die Zusammenarbeit auf dem Feld der räumlichen Planung einschließlich der Freiraum- und Biotopverbundplanung soll intensiviert werden.</b> (S.201)</p>			<p>Im Rahmen der Metropolregion Hamburg wurden in einem intensiven Dialogprozess zwei Entwürfe für ein räumliches Leitbild der Region im Jahre 2045 erarbeitet. Die Entwürfe sollen bis Herbst 2023 zu einem gemeinsamen Leitbild konsolidiert werden.</p>